

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 20.09.2011,
17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

1. Bürgermeister Christof
2. Stadtrat Schmidt
3. Stadtrat Lorenz
4. Stadtrat M. Müller
5. Stadtrat Rank
6. Stadtrat Weiglein
7. Stadtrat Heisel
8. Stadträtin Glos
9. Stadtrat Freitag (i. V. für Stadtrat Haag)
10. Stadträtin Wallrapp
11. Stadtrat Steinruck
12. Stadtrat Pauluhn
13. Stadtrat Schardt

Als Gäste:

Ortssprecherin Schlötter
Stadträtin Richter
Herr Bachmann Innopark GmbH

Berichterstatter:

Bauamtsleiter Graumann für Amt 6
Assessorin Näck-Schoor für Amt 3
Stadtplaner Pohl für Amt 6
Verwaltungsrat Schwarz für Amt 3

Schriftführer:

Verwaltungsfachwirt Müller für Amt 6
Verwaltungsinspektor Felbinger für Amt 3

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Teil Amt 6

1. Elektromobilität in Kitzingen - Standortentscheidung zur Errichtung einer Elektroladesäule

- A. Bürgermeister Christof verweist auf den Antrag der Firma Belectric, die an einer entsprechenden Stelle eine Ladesäule für das Laden von Elektrofahrzeugen errichten möchte. Derzeit besteht bereits eine Säule am Alten Krankenhaus.

Im Vorfeld fanden bereits Gespräche mit den Verantwortlichen von Belectric hinsichtlich des Standortes statt. Der Vorschlag der Verwaltung, die Ladesäule im Schulhof zu errichten, stieß bei Belectric nicht auf Zustimmung.

Im Folgenden geht Herr Bachmann ausführlich auf den möglichen Bedarf einer Ladesäule ein und stellt dar, dass die Elektromobilität noch in den Kinderschuhen stecke. Mit der Ansiedlung von Belectric in Kitzingen stelle man ca. 30 bis 50 Elektrofahrzeuge zur Verfügung, die man verkaufen bzw. vermieten möchte. Dadurch werden mit der Zeit verschiedene Säulen benötigt. Die erste sollte seiner Auffassung nach an zentraler Stelle in der Kaiserstraße installiert werden, auch wenn er die Parkplatzproblematik in der Innenstadt kenne.

Bürgermeister Christof erklärt, dass die Verwaltung zusammen mit Belectric einen Standort finden sollte. Dabei sollten auch die Folgekosten sowie das Stadtbild bedacht werden, da in der Zukunft sicherlich noch weitere Säulen folgen werden.

B. Stellungnahme der Stadtratsfraktionen und Gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt begrüßt die Errichtung einer Ladesäule, um das Thema Elektromobilität voranzutreiben und kann die Bedenken von Belectric hinsichtlich des Standortes in der Schule nachvollziehen. Die UsW kann den Vorschlag, auf Findung einer Ladesäule in Absprache mit Belectric folgen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank spricht sich für den Standort an der ehem. Stadtpost aus, den man seiner Auffassung nach sofort beschließen könne.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass bei der Stadtpost andere Hinderungsgründe dagegensprechen. Man sollte im Einvernehmen überlegen, an welchen Stellen sinnvollerweise derartige Ladesäulen angebracht werden können.

c) SPD- Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos spricht sich gegen den Standort am Schulhof aus, da dieser weiterhin als Pausenhof genutzt werden soll. Ihrer Auffassung nach sollte im gemeinsamen Gespräch ein Standort gefunden werden.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp befürwortet das Errichten einer Ladesäule sehr, spricht sich jedoch gegen die genannten Standorte aus. Ihrer Auffassung nach würde sich dafür auch die Schrankenstraße eignen. Sie fragt nach, wer die Kosten übernehme.

Herr Bachmann stellt dar, dass die Kosten von der Innopark GmbH übernommen werden, da man insbesondere mit der Elektromobilität werben möchte.

Stadträtin Wallrapp fragt nach den Erfahrungswerten der Ladesäule am Alten Krankenhauses (wie oft und wie viele Nutzer).

Sie möchte wissen, ob man auch E-Bikes an solchen Ladesäule aufladen könne und deshalb die Säule in der Nähe des Radwanderweges in der Schrankenstraße errichtet werden könne.

Herr Bachmann stellt dar, dass E-Bikes theoretisch auch geladen werden können, jedoch er sich für die Kaiserstraße ausspreche, da mit den Elektromobilen der lärmende Verkehr aus der Innenstadt genommen werden sollte.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Steinruck spricht sich für die Errichtung einer Ladesäule aus und favorisiert einen anderen als von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn spricht sich ebenfalls für die Errichtung der Säule an repräsentativer Stelle aus.

g) Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt fragt nach, ob für die Errichtung der Säule Drehstrom benötigt werde, was Herr Bachmann bejaht.

Stadtrat Schardt schlägt darauf hin vor, die Parkplätze unterhalb des Königsplatzes zu nutzen bzw. den Parkplatz bei der Shell/Esbach Hof, da in unmittelbarer Nähe ein Verteiler der LKW wäre.

Bürgermeister Christof sagt zu, dies in die Prüfung einzubeziehen – ebenfalls die Frage von Stadträtin Wallrapp zur Ausnutzung.

C. Auf die Frage von Stadtrat Weiglein, bis wann die Säule errichtet werden soll, erklärt Herr Bachmann, dass dies bis Weihnachten geschehen sollte.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass man in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 15.11.2011 hierüber abschließend berichten werde.

Stadtrat Pauluhn stellt fest, dass alle Fraktionen für die Ladesäule gesprochen hätten und die Verwaltung nach der Absprache mit der Firma Belectric die Säule errichten könne.

Bürgermeister Christof bedankt sich für das Vertrauen und weist darauf hin, über das Ergebnis im Rahmen einer Finanzausschusssitzung zu berichten.

2. BGV-Nr. 118/2011 - Bauantrag zur Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage;
hier: Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes

A. Bauamtsleiter Graumann geht ausführlich auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass die Garage zur Hälfte in den Grünstreifen hineinragt. Der Bebauungsplan lässt eine Bebauung des Grünstreifens nicht zu. Der Grünstreifen stellt einen Grundzug der Planung dar, weshalb die Befreiung nicht ausgesprochen werden könne, weshalb der Bauantrag abzulehnen wäre.

Stadtrat Schmidt tut sich mit dem Beschlussentwurf schwer, da die Stadt im Grunde über jedem Bauwilligen froh sein sollte. Er möchte wissen, ob es tatsächlich 5 Meter seien und ob die Linie im Bebauungsplan eingezeichnet sei.

Stadtplaner Pohl erklärt, dass die Linie im Bebauungsplan eingezeichnet sei und darüber hinaus auf den Grünordnungsplan verweise.

Auf die Frage von Stadtrat Schmidt, ob man bei der Antragstellung die Bauwerber auf den Grünordnungsplan aufmerksam machte, macht Bürgermeister Christof deutlich, dass dies die Aufgabe des Architekten sei, die Bauwerber zu beraten und für die Erstellung des Plans die Grundlagen vollumfänglich zu ermitteln.

Stadtrat Schmidt bitte in Zukunft um Beachtung, dass im Bebauungsplan alle entsprechenden Festsetzungen eingetragen sind. Seiner Auffassung nach könnte man

das Anwesen so anordnen, dass die Garage nicht in den Grünstreifen ragen und man darüber hinaus eine bessere Sonnenausnutzung erhalte.

Bürgermeister Christof sagt zu, die Bebauungspläne entsprechend zu fassen, dass alle Daten ersichtlich sind. Darüber hinaus stellt er dar, dass mit dem Bauwerber nach der Entscheidung gesprochen werden sollte, welche Möglichkeiten es gebe.

Stadtrat Rank ist der Auffassung, dass eine Befreiung ausgesprochen werden kann und bezweifelt, ob die Grundzüge der Planung in der Tat nicht eingehalten sind. Seiner Auffassung nach könne man eine Kompensation dergestalt erhalten, dass die Familie mehr Bäume pflanzt bzw. die Garage begrünt. Er stellt dar, dass die gegenwärtige Anordnung der Garage für ihn schon sinnig sei.

Er verweist auf zwei weitere Fälle, bei denen der Grünstreifen ausschlaggebend sei, die noch abschließend behandelt werden müssen und bitte diese Fälle alle gleich zu behandeln.

Bauamtsleiter Graumann könne die Argumente der Bauwerber schon nachvollziehen, jedoch wurde der Grünstreifen als bewusste Abgrenzung zwischen dem Baugebiet und der angrenzenden landwirtschaftlichen Fläche gewählt. Aus diesem Grund seien mit der jetzigen Planung die Grundzüge des Bebauungsplans verletzt, weshalb die Befreiung nicht erteilt werden könne, da eine Überschreitung der Garage von 2,50 m nicht unerheblich sei. Die Ablehnung erfolgt auch mit Blick auf mögliche Präzedenzfälle.

Stadträtin Glos kann sich dem Beschlusssentwurf anschließen und ist der Auffassung, dass die Anordnung der Garage mit Blick auf den Windschutz entsprechend gewählt wurde.

Stadträtin Wallrapp ist froh, dass eine junge Familie in Kitzingen bauen möchte und fragt nach, ob im Kaufvertrag auf diesen Umstand hingewiesen wurde. Darüber hinaus möchte sie wissen, in welchem Plan die 5-Meter-Linie eingezeichnet sei.

Stadtplaner Pohl erklärt, dass die Familie dies im Kaufvertrag unterschrieben habe und die 5-Meter-Linie im Grünordnungsplan, der dem Bebauungsplan als Anlage beigefügt ist, enthalten sei.

Assessorin Näck-Schoor erklärt, dass selbst im Falle, die Familie habe dies im Kaufvertrag nicht unterschrieben, die 5-Meter-Linie im Rahmen des Genehmigungsverfahrens beachtet werden müsse.

Stadtrat Steinruck ist der Auffassung, dass der Entwurfsverfasser auf alle möglichen Unterlagen zurückgreifen und diese beachten müsse, wenn er seinen Plan erstellt. Er könne sich der Verwaltung im Grunde anschließen.

Stadtrat Pauluhn bemängelt, dass man ein Grundzug der Planung nicht aus dem Bebauungsplan herauslesen könne und sich dafür einen zweiten Plan zur Hand nehmen müsse. Er möchte wissen, wie weit an genau dieser Stelle die 5-Meter-Linie eingeschnitten werde.

Bürgermeister Christof erklärt, dass man die Einschnitte in dieser Sitzung nicht zentimetergenau darstellen könne.

Stadtrat Pauluhn spricht sich im Grunde für die Einhaltung von Grünstreifen aus, jedoch könne er sich für den vorliegenden Fall eine Ausnahme vorstellen und den Bauantrag positiv bescheiden.

Stadtrat Schardt verweist auf verschiedene Fälle in der Vergangenheit, bei denen ebenfalls eine Befreiung erteilt wurde und verschiedene Kompromisse gemacht wurden. Aus seiner Sicht könnte man die Genehmigung erteilen, wenn hinsichtlich des Grünstreifens ein Kompromiss gefunden werde. Im Übrigen gibt er zu Bedenken, dass sich bei einer Verschiebung der Anordnung auf den Nachbarn eine andere Schattenwirkung auswirke.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass man bereits zugesagt habe, im Nachgang zur Beschlussfassung Gespräche mit dem Bauwerber zu führen, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen. Gleichwohl müsse der vorliegende Beschlusssentwurf abgestimmt werden.

Stadtrat Weiglein ist der Auffassung, dass man durch entsprechende Bepflanzungen auf dem Grundstück zu einem Ausgleich kommen könnte. Darüber hinaus verweist er auf die Möglichkeit, eine Bebauung in der 5 Meter-Linie zuzulassen, wenn an anderer Stelle beispielsweise 8 Meter grün vorhanden sind.

Bauamtsleiter Graumann macht nochmals deutlich, dass es nicht darum gehe, wie viele Zentimeter man dem Bauwerber zugestehe, sondern mit der Überbauung des Grünstreifens ein Grundzug der Planung des Bebauungsplans berührt werde. Aufgrund möglicher Präzedenzfälle könne man das Vorhaben in der vorgelegten Fassung nicht genehmigen. Im Nachgang der Beschlussfassung werde man selbstverständlich mit dem Bauwerber Gespräche führen, um zu einem Baurecht zu gelangen, da die Verwaltung die Bautätigkeit ausdrücklich begrüßt. Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Beschlussvorlage, worauf Stadtrat M. Müller den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

B. Mit 12 : 1 Stimmen

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte besteht Einverständnis.

- C. Nach weiterer Diskussion zum Bauvorhaben und der mehrheitlichen Auffassung, dass eine Befreiung erteilt werden könne, macht Bürgermeister Christof deutlich, dass ein Bebauungsplan aus dem Jahr 2000 nach elf Jahren noch Gültigkeit haben sollte und nicht mit einem Plan aus dem Jahr 1970 verglichen werden könne, der offensichtlichen Anpassungsbedarf habe.

Im Übrigen ist er der Auffassung, dass der Stadtrat den Bebauungsplan beschlossen habe und in Zukunft bei der Aufstellung bereits entsprechende Anregungen gebe bzw. Bedenken vorbringe.

Stadtrat Pauluhn stellt den Antrag, dass der Beschlussentwurf so abgeändert werde, dass die maßstäbliche Festsetzung zu erkennen sei und im Rahmen dessen eine Genehmigung erteilt werden könne.

Bürgermeister Christof bittet zunächst um Abstimmung des Beschlussentwurfs der Verwaltung.

D. Mit 1 : 12 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss lehnt die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 82 „Buddental West“ bezüglich einer baulichen Nutzung auf der privaten Grünfläche ab.

- E. Bürgermeister Christof stellt fest, dass der Stadtrat im Umkehrschluss gegenwärtig die Befreiung befürworte.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass nun ein Konflikt dahingehend vorliege, dass der Beschluss abgelehnt wurde und die Verwaltung keine Befreiung treffen könne. Ein Baurecht sei nur über die Änderung des Bebauungsplans zu schaffen, wofür das entsprechende, zeitaufwendige Verfahren durchzuführen sei.

Auf die Bitte von Stadtrat Pauluhn, nun über seinen Antrag mit der maßstäblichen Festsetzung abzustimmen, gibt Bürgermeister Christof zu Bedenken, dass man dies ohne Kenntnis des genauen Maßes nicht beschließen könne.

Nach weiteren Diskussionen diesbezüglich stellt Bürgermeister Christof dar, dass man mit diesem Ergebnis auf den Bauwerber zugehen und hinsichtlich einer Umset-

zung weitere Gespräche führen werde. Darüber werde man dem politischen Gremium wieder berichten.

Hiermit besteht Einverständnis.

3. Anfragen von Stadtrat Schmidt
Sachstand Bauangelegenheit Hohenfeld
Sachstand Bauangelegenheit Richard-Wagner-Straße

Stadtrat Schmidt bezieht sich auf die Bauangelegenheit in Hohenfeld, bei der im Außenbereich eine widerrechtliche Bebauung erfolgte, die in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 28.06.2011 behandelt wurde und für die heutige Sitzung ein Sachstandsbericht zugesagt wurde.

Bürgermeister Christof bedauert, dass er hiervon keine Kenntnis hatte und er zum Sachstand leider keine Auskünfte geben könne.

Stadtrat Schmidt verweist darüber hinaus auf einen ähnlichen Fall in der Richard-Wagner-Straße und möchte wissen, weshalb diese Angelegenheit nicht dem Verwaltungs- und Bauausschuss vorgelegt wurde. Außerdem erkundigt er sich nach dem Sachstand.

Bürgermeister Christof stellt dar, dass die Baumaßnahme gegenwärtig eingestellt wurde und die Verwaltung nun prüfen werde, wie man weiter vorgehe. Hiervon werde dem Gremium wieder berichtet. Eine Behandlung im Verwaltungs- und Bauausschuss war aufgrund der seinerzeitigen angenommenen Genehmigungsfähigkeit nicht notwendig. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Christof
Bürgermeister

Müller
Protokollführer

Teil Amt 3

1. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen vor dem Anwesen Michelfelder Str. 3, Stadtteil Sickerhausen

Bürgermeister Christof schlägt vor, im Bereich des Anwesens Michelfelder Str. 3 in Sickerhausen, jeweils von montags bis samstags, 6:00 Uhr bis 18:00 Uhr, zwei Kurzzeitparkplätze einzurichten. Seitens der Polizei und der Verwaltung bestehen keine Einwände.

Ortssprecherin Schlötter bittet um Zustimmung des Antrages. Die Parkplätze seien für die Kundschaft und zum Beliefern der Bäckereifiliale gedacht. In Sickerhausen sei man froh darüber, dass ein Nachfolger für dieses Ladengeschäft gefunden wurde.

- Einstimmig -

Der Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen vor dem Anwesen Michelfelder Str. 3, Stadtteil Sickerhausen, wird zugestimmt.

2. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Verkehrssituation in der Mainbernheimer Straße

Bürgermeister Christof informiert über Beschwerden von Etwashäuser Bürgern und Gästen der Stadt Kitzingen, die immer wieder feststellen, dass es im Bereich der Mainbernheimer Straße zu Behinderungen und Gefährdungen der Fußgänger kommt.

Vorstellbar wäre laut Bürgermeister Christof, dass man gegen die Falschparker den Verkehrsüberwachungsdienst einsetzt. Wegen überhöhter Geschwindigkeit wurde bereits mit der Polizei Kontakt aufgenommen. Als letztes Mittel, was vorgeschlagen werden kann, um die Fußgänger zu schützen, wäre das Aufstellen von Pfosten, was jedoch zusätzliche Kosten verursacht.

Bürgermeister Christof schlägt vor, diese Kosten zu ermitteln. Die Tiefbauabteilung wird dann den Ausschuss über diese Kosten informieren.

Stadträtin Wallrapp begrüßt den Einsatz der Verkehrsüberwachung in Etwashausen und stellt fest, dass die „Parksünder“ in der Regel Anlieger sind. Wenn hier Ordnung geschaffen wird, ist für die Fußgänger und für den Durchgangsverkehr Platz.

Bürgermeister Christof schlägt vor, eine Ortseinsicht vorzunehmen, Vorschläge entgegenzunehmen und dann wieder in einer Sitzung vorzulegen.

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass auch bereits jetzt die Verkehrsüberwachung in Etwashausen präsent ist, jedoch nicht in der Häufigkeit wie im Bereich der Innenstadt.

Stadträtin Glos führt aus, dass sowohl die Anwohner als auch die Stadt erhebliche Summen entrichtet haben, um die Mainbernheimer Straße in den derzeitigen Zustand auszubauen. Mit Absperrungen würde die Straße kein ordentliches Bild mehr abgeben. Die Verkehrsüberwachung soll hier vermehrt zum Einsatz kommen.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass ein Aufruf zu einem geordneten Parken nochmals in der Presse erscheinen soll. Es wäre schade, wenn ein derartiger Aufruf keinen Erfolg zeigen würde.

Von den Ausführungen der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

3. Punkt 3 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Lichtsignalanlagen an der Nordtangente; Einführung einer „Grünpfeil-Regelung“ an der Einmündung Bleichwasen/Nordtangente und an der Einmündung ST 2270/Nordtangente

Bürgermeister Christof erinnert daran, dass Stadtrat Schardt den Antrag auf Einführung einer „Grünpfeil-Regelung“ stellte und bittet Verwaltungsrat Schwarz um die entsprechenden Ausführungen hierzu.

Verwaltungsrat Schwarz stellt die Bereiche der beantragten „Grünpfeil-Standorte“ vor. In dem einen Fall, Einmündung von der ST 2270/Nordtangente, quert ein Geh-/Radweg die Einmündung. Hier darf aus diesem Grund die Einmündung nicht mit dem Grünpfeil versehen werden.

Bei der anderen Zufahrt vom Bleichwasen zur Nordtangente ist im Ampelkörper ein grüner Pfeil für die Rechtsabbieger vorhanden. Auch dies ist ein Ausschlussgrund für die geplante „Grünpfeil-Regelung“.

Auf die Anregungen der Stadträte Schmidt und Rank, die Ampelanlage Bleichwasen/ Nordtangente ganz auszuschalten, erklärt Bürgermeister Christof, dass dies rechtlich geprüft wird.

Beim Abschalten der Ampelanlage wiegen sich die Verkehrsteilnehmer in Sicherheit. Über Jahre hinweg hat man im Zuge der Nordtangente mit der Situation ohne Ampel gelebt. In drei oder vier Wochen soll ein Vorschlag der Verwaltung vorgelegt werden.

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass die Ampelsituation auf der B8 und der Nordtangente ein „Jammertal“ ist.

Stadtrat Schardt rügt die Verwaltung dahingehend, dass er nicht der Antragssteller sei und erinnert an den negativen Beschluss zur „Grünpfeil-Regelung“ aus der letzten Sitzung. Er habe lediglich um Prüfung des „Grünpfeils“ an der Auffahrt Bleichwasen gebeten. Ein „Antrag“ sei von ihm nicht gestellt worden. Außerdem bringt Stadtrat Schardt die Diskussion wieder in Rage, da es nach seinen Ausführungen Bundesländer gibt, in denen jede fünfte Ampel mit dem „Grünpfeil“ ausgestattet ist, in Kitzingen gibt es keinen einzigen Grünpfeil. In Würzburg gibt es acht Grünpfeile, in Kitzingen werden Anträge nur negativ entschieden.

Verwaltungsrat Schwarz weist Stadtrat Schardt anhand des Protokolls der letzten Sitzung darauf hin, dass er im Verlauf der Sitzung sehr wohl Antragssteller für zwei Grünpfeil-Standorte war. Gleichzeitig bittet Verwaltungsrat Schwarz um Benennung der Grünpfeil-Stellen in Würzburg.

Stadtrat Schardt erwidert, dass in Würzburg, Lindleinsmühle, Richtung Versbach, drei Einmündungsbereiche mit Grünpfeilen sind. Auch hier kreuzen Rad- und Gehwege.

Bürgermeister Christof schlägt eine Überprüfung der Grünpfeil-Regelung in Würzburg vor. Unter Umständen sollte auch mit der Stadt Würzburg in Verbindung getreten werden, um abzuklären, auf welcher Rechtsgrundlage der jeweilige „Grünpfeil“ angeordnet ist. Außerdem sollte Stadtrat Schardt die rechtliche Begründung überlassen werden.

Stadträtin Wallrapp ist der Meinung, die Ampelanlage müsse durchlaufen und äußert Bedenken gegen einen Grünpfeil, besonders im Hinblick auf einen kürzlich passierten Unfall an der Einmündung Bleichwasen/Nordtangente.

Stadtrat Schardt ist der Auffassung, dass man sich hier nicht über jede Kreuzung unterhalten kann. Man müsse sich im Stadtrat einig sein, wie künftig der Verkehr in Kitzingen geleitet werden soll, vor allem, da jetzt der Tangentenring geschlossen ist.

Stadtrat Pauluhn wirft ein, dass für die Nordtangente zwar viel Geld ausgegeben wurde, funktionieren tut jedoch nichts. Man sollte jetzt das Beste daraus machen. Wo es irgendwie machbar ist, sollte der „Grünpfeil“ eingeführt werden.

Stadtrat Weiglein versteht die ganze Diskussion nicht und schlägt vor, die Verkehrsentwicklungsplanung abzuwarten. Hier sollen auch entsprechende Vorschläge für eine Verkehrsführung gemacht werden. Nach der Bekanntgabe der Verkehrsentwicklungsplanung soll darüber diskutiert werden.

Bürgermeister Christof fragt nach, ob der Ausschuss mehrheitlich der Auffassung ist, den Tagesordnungspunkt zurückzuziehen.

- Einstimmig -

Es besteht damit Einverständnis, dass der Tagesordnungspunkt zurückgestellt wird.

4. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges

Anfrage von Stadträtin Wallrapp auf Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Einmündung der Gartenstraße in die Flugplatzstraße

Bürgermeister Christof berichtet über die eingereichte Anfrage von Stadträtin Wallrapp, an der Einmündung Gartenstraße/Flugplatzstraße einen Verkehrsspiegel anzubringen. Wegen der Kurzfristigkeit des Antrages liegt kein Beschlussentwurf vor. Seitens der Verwaltung wird jedoch vorgeschlagen, hier keinen Verkehrsspiegel anzubringen, da man durch entsprechend vorsichtiges Fahren die Situation auch meistern kann.

Stadträtin Wallrapp erklärt nochmals ihren Antrag und die Gefährlichkeit des Einmündungsbereichs Gartenstraße/Flugplatzstraße.

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass es in Kitzingen viele Kreuzungen gibt, die dieser Einmündung entsprechen. Zudem wurde bei einem Ortstermin festgestellt, dass sich die Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhalten.

Stadträtin Glos verweist auf weitere Beschwerden von Anliegern der Gartenstraße, wie z.B. die Zunahme des Verkehrs und bittet um Zurückstellung der Entscheidung über den Spiegel, bis über das Thema „Gartenstraße“ insgesamt entschieden wird.

Bürgermeister Christof schlägt vor, die anstehende Bürgerversammlung in Etwashausen abzuwarten.

Stadträtin Wallrapp trägt nochmals die Bedenken der Anwohner der Gartenstraße vor, die aufgrund der Sperrung der Alten Mainbrücke die Meinung vertreten, dass der Verkehr in der Gartenstraße durch die Sperrung erheblich zugenommen hat.

Verwaltungsrat Schwarz weist darauf hin, dass eine kurzzeitige Verkehrszunahme in der Gartenstraße möglicherweise auf eine baubedingte Sperrung der Nordtangente zurückzuführen ist. Diese Sperrung ist aber zwischenzeitlich wieder aufgehoben.

5. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges

Anfrage von Stadtrat Schmidt

Stadtrat Schmidt bemängelt die Parksituation in der Alten Poststraße in Richtung Ausfahrt auf die Nordtangente. Hier sollte zwischen Feldstraße und Nordtangente ein „Haltverbot“ angebracht werden.

Des Weiteren wird in der Richard-Wagner-Straße gleich nach dem Kurvenbereich geparkt. Auch hier sollte ein „Haltverbot“ angebracht werden.

Verwaltungsrat Schwarz antwortet, dass beide vorgebrachten Hinweise bekannt sind und beobachtet werden.

Bürgermeister Christof sagt eine Ortseinsicht und die Herbeiführung einer Regelung zu.

6. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges

Anfrage von Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp regt an, an der Abfahrt Eselsberg, vor der Ampelanlage zur Nordtangente, ein Schild „bei Rot hier halten“ anzubringen, da ansonsten durch wartende Fahrzeuge eine Zufahrt zur Alten Poststraße nicht mehr möglich ist.

Bürgermeister Christof sagt eine Überprüfung dieser Anregung zu.

**7. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Schardt**

Stadtrat Schardt weist auf die derzeitige Errichtung des Schallschutzzaunes an der Nordtangente, in Höhe Lochweg, hin. Nachdem sich der Schallschutz zwischen Straße und Geh-/Radweg befindet, ist ein Radfahrer entlang der Nordtangente für den Kfz-Verkehr nicht zu erkennen. Unfälle an der Einmündung des Lochweges sind daher vorprogrammiert.

Bürgermeister Christof stellt fest, die Mitteilung wird von Verwaltungsrat Schwarz notiert und entsprechend an die Tiefbauabteilung weitergegeben und geprüft.

**8. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Schardt**

Stadtrat Schardt kritisiert die mangelnde Information über den Beginn des Ausbaus „Kreisverkehr E-Center“.

Bürgermeister Christof sagt Stadtrat Schardt die Überlassung eines Planes bis zur Finanzausschusssitzung am Donnerstag zu.

**9. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Schardt**

Stadtrat Schardt spricht die Angelegenheit „Wochenmarkt“ am Marktplatz an.

Bürgermeister Christof weist darauf hin, dass derzeit keine Notwendigkeit besteht, das Thema im Ausschuss zu behandeln, da einvernehmlich mit allen Beteiligten eine Lösung gefunden wurde.

**10. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Lorenz**

Stadtrat Lorenz weist auf einen defekten Schaukasten am ehemaligen Fischgeschäft Leipold in der Kaiserstraße hin. Durch Restglas stellt der Kasten eine gewisse Gefahr dar. Er bittet, auf den Hausbesitzer zuzugehen.

Verwaltungsrat Schwarz sagt eine nochmalige Prüfung zu, obwohl die Angelegenheit eigentlich bereits erledigt sein müsste.

**11. Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Pauluhn**

Stadtrat Pauluhn ist der Meinung, dass auf dem Marktplatz mehr Stände als bisher zugelassen werden sollten. Durch die Verkaufsstände wird der Markt, speziell zum Wochenende, aufgewertet.

**12.Punkt 4 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Stadtrat Freitag**

Stadtrat Freitag stellt fest, dass der Schwerverkehr auf der B8 in Kitzingen in letzter Zeit wieder zunimmt und bittet um entsprechende Mitteilung an die Polizei.

Bürgermeister Christof und Verwaltungsrat Schwarz sagen zu, dass die Polizei entsprechend informiert wird.

Bürgermeister Christof bedankt sich und schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Christof
Bürgermeister

Felbinger
Schriftführer für Amt 3